

# Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung

Gedanken am Karfreitag und Ostern 2007 und die Verarbeitung danach  
mit Anmerkungen zu Äußerungen von Bischof Wolfgang Huber, Ministerpräsidenten  
Günther Oettinger, dem Zentralrat der Juden in Deutschland u.a.

von  
Tristan Abromeit  
April - Juni 2007

(korrigierte Fassung vom Sept. 2007)

## Anhang I

### Text 52.2

- 1) Der Mißbrauch des Anti-Antisemitismus  
zum Schutze eines roten Faschismus  
(Endnote zum Haupt-Text auf Seite 332) (S. 2)
  
- 2) Jahrestagung 2007 der Freien Akademie  
„Mensch und Ökonomie – Wirtschaften zwischen Humanität und Profit“ (S. 5)
  
- 3.1) Rüstungsexport: Deutschland liefert U-Boote an Israel von *Otfried Nassauer*  
*für tagesschau.de* (S. 7)
  
- 3.2) Falsches Signal? Deutschland liefert modernste U-Boote an Israel von *Otfried Nassauer /*  
*Uni Kassel, AG Friedensforschung, Peter Strutynski* (S. 10)
  
- 3.3) Erneut Atom-U-Boote für Israel und Förderung von militärischer Eskalation in der  
Region? Von *Dr. Izzeddin Musa* (S.13)
  
- 3.4. Die U-Bootlieferung an Israel aus meiner Sicht (S. 14)
  
- 4) Auskünfte über die Ideologie als Begriff (S. 19)
  - 4.1) Hinweis auf „Was ist libertäre Ideologie?“ von *Peter Mühlbauer* (S. 20)
  - 4.2) *Johannes Heinrichs* (S. 20)
  - 4.3) *Karl Mannheim* (S. 24)
  - 4.4) Internet-Lexikon *Lexikon sociologicus* (S. 26)
  - 4.5) Internet-Lexikon *Wikipedia* (S. 26)

## Ziffer 1)

### Der Mißbrauch des Anti-Antisemitismus zum Schutz eines roten Faschismus

Der letzte Beitrag, den ich dazu gelesen habe, trägt den Titel: „Zur antilinken Kritik des Finanzkapitalismus am Beispiel der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ von Heiko Langner, „Jg. 1971, Politikwissenschaftler und wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Hakki Keskin, Fraktion DIE LINKE“. Ich weiß nicht, ob eine Universität den Studiengang „Desinformation“ anbietet, aber diese Disziplin ordne ich Langner zu. Dabei gibt es unter den Desinformanten schlimmere als Langner. Aber abgesehen davon, daß manche Linke, die sich besonders schlau vorkommen, nicht einmal in der Lage sind, den Inhalt eines Werkes korrekt wiederzugeben und auch allzu gerne vergessen; daß die Position „Links“ genauso belastet ist wie die Position „Rechts“, sich den Verdacht aussetzen, daß sie die Juden mit der Assoziation zum Begriff Zinsknechtschaft, der als Propagandaparole von den Nazis mißbraucht wurde, für ihre ideologischen Ziele instrumentalisieren. Es geht diesen Linken nämlich offensichtlich nicht um den Schutz der Juden, sondern um den Schutz ihres Marxismus – so wie sie ihn verstehen - gegenüber der steigenden Attraktivität der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“, der Freiwirtschaftsschule, ein Modell der Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, für Menschen unterschiedlichster Herkunft. Dabei kann Marx von der Freiwirtschaft im Gegensatz zu den meisten Marxisten als Schützenhilfe herangezogen werden. Gesell hat sich vermutlich aufgrund der Argumentation und der Politik der Marxisten im totalen Widerspruch zu Marx gesehen, was er nicht ist. Aber im Gegensatz zu Marx hat Gesell eine klare Vorstellung davon gehabt, wie er den Kapitalismus in Freiheit überwindet. Aber der mörderische Zentralismus der Marxisten soll nicht Marxens Kopf entsprungen sein. Ich habe Heiko Langner weiter oben als Desinformanten bezeichnet. Ich sehe mich von der Sache her dazu gezwungen. Ich vermute ansonsten zu seinem Gunsten, daß er ein liebenswerter Mensch ist. Einer der in einem üblen Stil politische Gegner in den Dreck zieht, ist Peter Bierl, der im Kielwasser von Jutta Dittfurth segelt.

In dem Dossier (<http://www.anthroposophy.com/aktuelles/dossierbierl.html>) heißt es unter anderem:

## **Bierls Kampagnen gegen Esoterik und „Irrationalismus“**

Bierl betreibt zusammen mit Jutta Ditfurth und anderen orthodoxen Linken seit Mitte der 80er-Jahre eine Kampagne gegen den Geld- und Zinstheoretiker Silvio Gesell. Gesells „Freiland-Freigeld-Lehre“ stellt den Entwurf einer Wirtschaftsordnung jenseits von Kapitalismus und Kommunismus dar. Seine heutigen Anhänger werden mit den bewährten Diffamierungstechniken bekämpft. Gesell wird als „faschistisch“, „antisemitisch“, „demokratiefeindlich“ und „prokapitalistisch“ verleumdet. Bierl beteiligt sich schriftlich wie mündlich an dieser Kampagne. So trat er 1994 im Berliner Anarchologischen „El Locco“ auf. Als er vom Anarchisten und Gesell-Anhänger Klaus Schmitt zur Rede gestellt wurde, verweigerte er eine Diskussion mit der Begründung, er diskutiere nicht mit „Rassisten“ und „Faschisten“.

Das ging selbst der linksradikalen „Sozialistischen Zeitung“ zu weit. „Gibt es jetzt“, so fragte sie rhetorisch, „noch irgendwo einen Menschen, der oder die nicht von der Ökologischen Linken abgewatscht, in Schubladen eingeordnet und zum Feindeslager erklärt worden ist?“. Schmitt kommentiert, es bleibe „kaum jemand übrig, der kein Faschist, Rassist und/oder Antisemit ist“.

Im Anschluß an die Berliner Veranstaltung beklagte sich Bierl in der Zeitschrift »ÖkolinX« darüber, daß niemand Schmitt für seine angeblich rassistischen Positionen eine „aufs Maul haut“. „Offenbar sind Linksextremisten“, so der Angegriffene, der in der Ditfurth-Gruppe „rot gefärbte Nazis“ sieht, „unfähig, sich inhaltlich mit ihren Gegnern auseinanderzusetzen“.

Bierls Hauptagitationsfeld ist jedoch der Kampf gegen die Waldorfschulen und die Anthroposophie. 1999 erschien im linksextremen »Konkret Literatur-Verlag« sein Buch „Wurzeln, Erzeugel und Volksgeister – Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik“. In diesem denunzierte er die Waldorfschulen als fünfte Kolonne des Neofaschismus, bezeichnete die Anthroposophie als „obskure Rassenlehre“ und „rassistische Ideologie“ und ortete in ihr einen „braunen Geist“. Angesichts der zutiefst kosmopolitischen, im christlichen Humanismus wurzelnden Anschauungen Steiners sind diese Anwürfe „eines der absurdesten Konstrukte, das je erfunden wurde“.

In Wirklichkeit geht es bei diesem ideologischen Kampf gar nicht um Rassismus, denn der Begriff wird auch hier nur instrumentalisiert. Der seit Mitte der 90er-Jahre laufende Verleumdungs-Feldzug gegen die Anthroposophie ist Bestandteil einer weit umfangreicher angelegten Kampagne von linken Ideologen und dogmatischen Atheisten gegen die Esoterik und religiöse Strömungen gleich welcher Ausrichtung. Die esoterischen Weltansichten stellen nicht nur eine Alternative und somit Konkurrenz zur Heilslehre des Sozialismus dar, sie erschüttern auch dessen ideologische Grundlagen. Das alarmiert natürlich, wie Johannes Kiersch schreibt, „gewisse Kri-

tiker, die sich als engagierte Vertreter eines aufgeklärten Marxismus im Zeitalter der Globalisierung verstehen. Einige von ihnen sind nach dem Steckenbleiben der 68er-Bewegung und dem Zusammenbruch des bolschewistischen Systems unter die Grünen gegangen, sind Esoteriker oder gar Anthroposophen geworden. Andere haben resigniert oder sich pragmatisch an die neuen Verhältnisse angepaßt. Eine standhafte Minderheit hält die alte Fahne des Klassenkampfes hoch und hofft weiter auf das kommunistische Paradies am Ende aller Zeiten. Für diese ist die Anthroposophie ein gefährlicher Gegner". ...

Unter dem Stichwort *Peter Bierl* findet man im Internet auch genügend Beiträge von Autoren, die Bierl glauben, was er vorgibt und sagt. Ich halte Bierl und Genossen von einer Art politischer Geisteskrankheit befallen, die man nicht durch Argumente heilen kann. Mein Eindruck ist auch der, daß diese bedauernswerten Zeitgenossen – die mit dafür gesorgt haben, daß die Grünen ihren historischen Auftrag, nämlich die Erneuerung der Republik, verfehlt haben – sich deshalb auf das Diffamieren spezialisiert haben, weil sie nicht in der Lage sind, ihre eigenen Ziele verständlich zu formulieren. Wahrscheinlicher ist, daß sie ihre Ziele formulieren können, aber dafür keine Zustimmung erwarten, weil sie die Zeit noch nicht reif für halten. In einem solchen Fall ist es natürlich klüger, mit verdeckten Zielen zu arbeiten und die Ziele nur mit historisch geprägten Bildern zu umschreiben und so zu tun, als seien diese „sozialistischen“ Bilder nicht genauso ein Ausdruck von grausamer, gesellschaftlicher Fehlentwicklung wie der Nationalsozialismus. Das Betrübliche an der Arbeitsweise dieser „Getreuen“<sup>1</sup> des untergegangenen „realexistierenden Sozialismus“ und des noch fragwürdiger gewordenen theoretischen marxistischen Modells mit abgelaufenem Verfallsdatum ist, daß sie aufgrund ihrer ideologischen Prägung<sup>2</sup> und dem daraus folgenden verzerrten Vorstellungen von Ökonomie nicht in der Lage sind, sich sachlich mit ihren Gegenspielern auseinanderzusetzen und darum zu der Diffamierung greifen müssen. Dies brauchte man gar nicht zu erwähnen, wenn man den Durchblick beim allgemeinen Publikum voraussetzen könnte.

Daß eine Auseinandersetzung verschiedener ökonomischer Denkansätze auch anders verlaufen kann, zeigt der Bericht über die Jahrestagung 2007 der [Freien Akademie](#) „Mensch und

- 
- 1 Jedes untergegangene Regime oder gedankliche Herrschaftsmodell erzeugt wohl auch seine „Getreuen“ oder die „Getreuen“ in geistiger Erbfolge“. Als solche sehe ich auch die Gruppen am rechten Rand. Die gesellschaftliche Funktion der jeweiligen „Getreuen“ ist wohl nach dem Untergang eines verdammt Systems eine Korrektur der einseitigen geschichtlicher Beschreibung des Geschehens, die gleichzeitig die Mängel des Nachfolgesystems kaschiert, zu veranlassen. Eine Bekämpfung des Zuspruchs eines untergegangenen Modells nicht durch Überzeugung des neuen Modells, sondern durch Verbote und Verteufelung Zeichen und Gedankensplitter des alten dient nur zur Verschleierung der Schwächen des neuen Herrschaftsmodells.
  - 2 Da die marxistischen Krieger das Wort *Ideologie* gerne als Waffe einsetzen, trage ich ein paar Definitionen unter einer eigenen Rubrik in diesem Anhang zusammen.

Ökonomie - Wirtschaften zwischen Humanität und Profit" in diesem Anhang. Über die Veranstalterin könnte ich nur berichten, was unter <http://www.freie-akademie-online.de> zu lesen ist. Ich weiß nur, daß sich Anfang der 70er Jahre eine *Freie Akademie* meldete, als ich an der Gründung der *Freien Akademie Norddeutschland* beteiligt war. TA

oooooooooooooooooooooooooooo

## Ziffer 2

<http://hpd-online.de/node/1881>

*Freie Akademie*

8 Mai 2007 - 13:26 Nr. 1881

### **Wirtschaften zwischen Humanität und Profit**



FALKENREHDE. Auf der [Jahrestagung 2007](#) der [Freien Akademie](#) „Mensch und Ökonomie - Wirtschaften zwischen Humanität und Profit“, die dieses Mal in einem Landhotel in Falkenrehde nahe Berlin stattfand, traten Kenner aller heute bedeutsamen Wirtschaftssysteme miteinander und mit einer interessierten Teilnehmerschaft vier Tage lang ins Gespräch.

Kenner des ordo-Liberalismus (Fritz Andres), der Freiwirtschaft (Roland Geitmann), des Marxismus (Thomas Marxhausen) sowie profane (Walter Ötsch, Bernd Senf) und ein theologischer Kritiker des Neoliberalismus (Wilhelm Guggenberger) rangen um die Analyse der herrschenden ökonomischen Verhältnisse und bedachten hilfreiche Reformschritte hin zu einer Harmonie zwischen Mensch und Ökonomie ohne Armut und ökologischen Raubbau.

Fritz Andres problematisierte die von der Gemeinschaft nicht legitimierte private Macht in der Wirtschaft durch Monopolstellungen und Kartellisierung sowie durch Anhäufung von Kapital. Wer das Gleichgewicht von Preis und Leistung stören kann, der hat Macht, die nicht sein darf. Die Freiheit aller Interessen ist nur zu verwirklichen im macht-losen Raum. Andres plädierte daher für eine Entmachtung der Wirtschaft und einen ordnungspolitisch starken Staat. Über die Politik müsste der demokratische Rechtsstaat solche Strukturen vorgeben, damit die Bevölkerung in den ökonomischen Verhältnissen leben könne, die von ihr gewollt werden. Dazu gehöre es, den Boden künftig nicht mehr als privates Eigentum zum Objekt der Spekulationen zu degradieren, sondern ihn im Erbbaurecht dem besten Nutzer in die Hände zu geben.

Roland Geitmann zeigte, wie nicht nur der Boden, sondern auch das Geld durch eine Leihe

ohne Zinsen als öffentliches Mittel jedem gleichermaßen zugänglich gemacht werden sollte. Er berief sich in seiner Auffassung sowohl auf die altisraelitischen Sabbat- und Erlassgesetze in den biblischen Büchern Moses als auch auf die dieser Gesetzgebung entsprechenden Theorie vom „rostenden Geld“ des Sozialökonomen Silvio Gesell (1849-1933). Demnach dürfe nicht das Parken von Geld auf der Bank mit Zinsgewinnen belohnt werden, sondern müsse umgekehrt durch einen negativen Zins dieses öffentliche Gut unter Angebotsdruck gebracht werden, so dass nur das Geld, das fließt, seinen Wert behält. So würde nicht nur der Boden, sondern auch das Geld beim besten Nutzer und nicht beim mächtigsten Spekulanten sitzen.

Marxhausen entfaltet, wie der Marxismus auch heute noch für die Analyse wirtschaftlicher Vorgänge erhellend ist, jedoch - jedenfalls unter Rückgriff auf die Klassiker Marx und Engels - kaum Anregung für hilfreiche Reformen geben könne. Hierzu seien die Neomarxisten einzubeziehen, bei denen auch moderne Begriffe wie ‚Zivilgesellschaft‘ im marxistischen Denkhorizont aufgenommen seien. Jedenfalls kann Marx dem Menschen helfen, Ursachen seiner Fremdbestimmung zu erkennen und mehr Selbstbestimmung im ökonomischen Prozess zu erringen. Es gehe um einen darum, die Kluft zwischen dem Armen, der seine Arbeit zu Markte tragen muss, und dem Reichen, der sich fremde Arbeit aneignen kann, (= sozialökonomische Auffassung von Armut) zu überwinden; zum anderen gelte es zu erkennen, dass im Kapitalismus jeder arm sei, auch der, der sich fremde Arbeit aneignen kann, weil jeder nach der Logik des Kapitals und damit unfrei handeln muss (= geschichtsphilosophische Auffassung von Armut). Mit dem ordo-Liberalismus und gegen die theologische Neoliberalismuskritik behauptet der Marxist, dass nicht das menschliche Wesen für die Armut ursächlich sind, sondern die sich zunehmend verselbständigenden kapitalistischen Verhältnisse. Daher verpufft die Anrufung der Vernunft und gleicht eine Demonstration gegen den Kapitalismus gleich einer Demonstration gegen die Gravitationsgesetze. Wie ändern sich aber die Verhältnisse? Möglicherweise aus sich selbst heraus.

Ötsch zeigte, wie der Neoliberalismus dem Menschen per Manipulationen, Propaganda und Suggestionen „den Markt“ mit seinen anscheinend unantastbaren Gesetzen vorgaukelt. Im Unterschied zum ordo-Liberalismus plädierte Ötsch im wirtschaftspolitischen Bereich sowohl für wenig Macht beim Staat als auch in der Privatwirtschaft. Es gelte in diesem Bereich die Autonomie des Einzelnen und der Gesellschaft zu stärken. Gegen die neoliberale Logik ist der Mensch nämlich kein Roboter oder Computer, der Markt-„Gesetzen“ gehorche, sind seine ökonomischen Interaktionen nicht mechanistisch und ist die Welt keine (Geld-)Maschine, sondern dynamisch. Daher könne der Kapitalismus durch einen Werte-Diskurs entmachtet werden und die Priorität der Politik wieder hergestellt werden.

Der Vertreter einer alternativen Volkswirtschaft Bernd Senf stimmte mit Ötsch darin überein, dass der Mensch in neoliberalen Theoriebildungen kaum vorkomme und schon gar nicht als selbstbestimmt handelndes Subjekt. Nach seiner Auffassung reflektieren die Wirtschaftswissenschaften das herrschende Geschehen nur systemimmanent mit Fragen, wie dies zu optimieren sei, ohne es auch kritisch von außen zu betrachten, um dann auch die Schwächen der liberalen Ökonomie im Bereich des Humanen zu erkennen.

Der Innsbrucker katholische Sozialethiker Wilhelm Guggenberger setzte der neoliberalen Logik von der Ökonomie der Knappheit (der Waren und der Zeit) eine theologische Ökonomie der Fülle entgegen und entfaltet eine „Ethik des Genug“, mit der der Mensch statt ewig unbefriedigter Begierde Zufriedenheit finde. Die kapitalistische Ökonomie der Knappheit konzentriert sich auf die Seite des Vorrats; (oft künstlich erzeugte) Knappheit richtet hier das Ich gegen das Du, das Wir gegen das Sie und schafft soziale Probleme,

Konflikte und Krieg. Knappheit der Güter und der Zeit lässt die Preise und die Gewinne steigen. Die Ökonomie der Fülle konzentriert sich auf die Seite der Bedürfnisse. Von dieser Seite aus ist eine qualitative statt einer quantitativen Betrachtung des Lebens möglich. So kann der Mensch ein Genug finden. Das Problem der Knappheit, und damit die Aggressivität des Kapitalismus, ist wohl nur von der Seite der Bedürfnisse her zu lösen. Strukturen, die die kapitalistische Macht bändigen können, wie etwa in ordo-Liberalismus oder Freiwirtschaft vorgeschlagen, seien willkommen, müssten aber erst gewollt werden. Daher stünden im Zentrum der Ökonomie ethisch motivierte Menschen und nicht Strukturen.

Die Tagung befasste sich aber nicht nur auf intellektueller Ebene mit der Verbindung von Mensch und Ökonomie. Gunter Willing, der in Thailand die Lebensverhältnisse gesellschaftlich marginalisierter Frauen untersucht, zeigte auf, wie sich Neoliberalismus und Turbokapitalismus, deren destruktive Macht wir Konsumenten über den Kauf von Billigprodukten von dort erzeugen, in Südostasien auswirkt. Das viele Kapital aus USA und Europa, das in Südostasien vagabundiert, führt zu einer Fremdbestimmung dieser Weltregion.

Eine weitere praktische Anschauung der Verbindung von Mensch und Ökonomie, jetzt positiver Art, stellte eine Exkursion zur genossenschaftlichen Obstbausiedlung in Eden bei Oranienburg dar. Hier wurde deutlich, wie ein Zusammenleben auf der Basis des Erbbaurechts statt des Privateigentums an Boden zu ökonomischer Prosperität statt zur Sortierung der Menschen in Arm und Reich führen kann.

Und selbst der musische Abend der Familien Inderfurth und Menke während der Tagung war eine praktische Anschauung für den relativen Stellenwert wirtschaftlichen Strebens. Denn dieser wunderbare Abend zeigte allen Teilnehmern der Tagung klar, dass der Mensch doch ein Kulturwesen ist und die Ökonomie nicht das letzte Wort hat.

Das Buch zur Tagung (Preis: 15,00 EUR) kann vorbestellt werden bei der [Geschäftsstelle](#) der Freien Akademie.

*Dieter Fauth,*  
wissenschaftliche Tagungsleitung

oooooooooooooooooooo

## Ziffer 3.1

Rüstungsexport

# Deutschland liefert U-Boote an Israel

**Die rot-grüne Bundesregierung hat kurz vor ihrer Ablösung noch einmal Rüstungsexporte genehmigt. Deutschland will Israel zwei "Dolphin"-U-Boote liefern und dabei ein Drittel der Kosten selbst übernehmen. Die Gesamtkosten für die Kriegsschiffe aus deutscher Produktion belaufen sich den Berichten zufolge auf etwa eine Milliarde Euro.**

*Von Otfried Nassauer für tagesschau.de*



[Bildunterschrift: U-Boot der "Dolphin"-Klasse bei einer Erprobungsfahrt in der Kieler Förde (Archiv)]

Vor wenigen Wochen hat die Bundesmarine sie erstmals in Dienst gestellt: Zwei U-Boote mit einem weltweit einmaligen, Außenluft-unabhängigen Brennstoffzellenantrieb. Damit können die Boote weiter fahren, deutlich länger tauchen und sind viel schwerer zu entdecken als alle anderen konventionell angetriebenen U-Boote der Welt. Es sind hochmoderne High-Tech-Waffensysteme für den Krieg der Zukunft. Gerade das macht sie zu einem gefragten Exportartikel.

## **Boote mit neuartigem Antrieb**

Als Abschiedsgeschenk der besonderen Art will die scheidende Bundesregierung offensichtlich zwei U-Boote mit diesem neuen Antrieb an Israel liefern. Den geheim tagenden Bundessicherheitsrat hat das Vorhaben schon passiert. Noch am Montag - rechtzeitig vor der Vereidigung der neuen Regierung - soll das Vorhaben im Auswärtigen Amt per Vertrag besiegelt werden, meldet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Ein heikles, weil wohl umstrittenes Geschäft.

Israel besitzt bereits drei deutsche U-Boote vom Typ Dolphin - ohne den neuartigen Antrieb. Geliefert wurden diese 1999 und 2000. Die Zusage für diese Boote gab die Bundesregierung 1991. Damals hatte Saddam Hussein mit deutscher Technik leistungsgesteigerte irakische Scud-Raketen während des Golfkrieges auf Israel abgeschossen. Die Gefahr bestand, dass Giftgas gegen Ziele in Israel zum Einsatz kommen würde.

## **Zwei unterschiedliche Torpedorohre**

Diese U-Boote beruhen auf einem Design, das in den achtziger Jahren im Auftrag Israels bei deutschen Firmen entwickelt und später noch einmal überarbeitet wurde. Als technische Besonderheit besitzen sie zwei unterschiedliche Torpedorohre. Sechs Rohre mit dem Standard-Durchmesser von 533 Millimeter und vier Rohre mit einem Durchmesser von 650 Millimeter. Aus letzteren, so wurde immer wieder berichtet, wolle Israel auch weitreichende atomare Marschflugkörper mit bis zu 1.500 Kilometer Reichweite abschießen. Ein erfolgreicher Test vor Sri Lanka wurde gemeldet. Israel wolle seine atomare Abschreckung um seegestützte Waffen mit größerer Reichweite ergänzen. Auch deshalb seien die deutschen U-Boote gleich nach ihrer Ankunft in Israel erneut und aufwändig umgebaut worden.

Seit rund drei Jahren bemüht sich Israel um weitere Dolphin-U-Boote - nunmehr mit dem neuen außenluftunabhängigen Antrieb. Die israelische Marine will verstärkt in der Arabischen See und im Indischen Ozean kreuzen. Dort liegen heute jene Staaten, die Israel sicherheitspolitisch die größten Sorgen machen: Die islamische Atommacht Pakistan, Saudi-Arabien und nicht zuletzt der Iran, dem Israel unterstellt, Atomwaffen bauen zu wollen. Dafür benötige Israel mindestens zwei weitere U-Boote.

## **Kosten von rund einer Milliarde Euro**

Diese soll das Land nun bekommen. Die beiden Boote kosten rund eine Milliarde Euro. Bis zu 330 Millionen Euro davon trägt der deutsche Steuerzahler. Den Rest soll Israel aufbringen - zum Beispiel durch Lieferungen an die Bundeswehr. Doch der Preis muss stutzig machen. Mit 500 Millionen Euro ist jedes der neuen Dolphin-Boote mehr als doppelt so teuer wie die früheren Boote. Der neue Antrieb und die Inflation alleine können die Differenz nicht erklären. Denn auch die Bundeswehr bekommt ihre neuen aussenluftunabhängigen U-Boote deutlich billiger. Und mit 330 Millionen Euro zahlt der deutsche Steuerzahler diesmal zwar angeblich nur ein Drittel der Kosten. Doch real sind dies nur etwa 100 Millionen weniger als damals, als Deutschland Israel zwei solche U-Boote vollständig schenkte.

Trotz der besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel wird die neuerliche U-Boot-Lieferung an Israel Diskussionen hervorrufen: Sollte Deutschland mithelfen, wenn Israel sein umstrittenes Nuklearpotenzial ausbaut oder modernisiert? Der Glaubwürdigkeit der deutschen Vermittlerrolle im Streit um das Atomprogramm des Irans dürfte der neuerliche U-Boot-Deal mit Israel kaum dienlich sein.

## **Immer wieder Streit um Rüstungsexporte**

Rüstungsexporte - gerade nach Israel - waren immer wieder umstritten: Wegen der Menschenrechtslage, der anhaltenden Besetzung palästinensischer Gebiete und der Auseinandersetzungen Israels mit den Palästinensern. Doch mit der Lieferung modernster U-Boote wird zugleich die Ausfuhr vieler einzelner, moderner Rüstungskomponenten und Technologien erstmals genehmigt. Präzedenzfälle entstehen, auf die sich Firmen, die später ähnliche Komponenten liefern wollen, jederzeit berufen können. Diese und andere Probleme dürften sowohl der alten als auch der Bundesregierung gegenwärtig gewesen sein, als sie beschlossen, den Vertrag still und leise zwischen ihren Amtsperioden durchzuwinken.

*Otfried Nassauer ist freier Journalist und Leiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit.*

Stand: 29.01.2006 10:55 Uhr

[http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4969854\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4969854_REF1,00.html)

OOOOOOOOOOOOOOOO

# Falsches Signal? Deutschland liefert modernste U-Boote an Israel

von Otfried Nassauer

**Die Sendung "Streitkräfte und Strategien" des NDR brachte am 3. Dezember 2005 einen Beitrag des Friedensforschers Otfried Nassauer vom BITS-Berlin Information-center for Transatlantic Security, die wir im Folgenden dokumentieren.**

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält einen bemerkenswerten Satz. Zitat: "Wir halten an den derzeit geltenden Rüstungsexportbestimmungen fest." Die wehrtechnische Industrie und die CDU/CSU haben offenbar mit den rot-grünen Rüstungsexportrichtlinien gut leben können, die vor fünf Jahren nach einer heftigen, von Rüstungsexportkritikern erzwungenen Diskussion verabschiedet wurden. Zwar fürchtete mancher Konzern zunächst, dass die neuen Richtlinien mit ihrer Betonung der Kriterien Menschenrechte, Gewaltprävention und nachhaltige Entwicklung viele lukrative Geschäfte unmöglich machen könnten. Doch die Ängste legten sich bald. Rot-Grün machte keinerlei Anstalten, die neuen Kriterien in rechtlich bindender Weise umzusetzen. Die Regierung überließ es vielmehr ihren Beamten, sie zu interpretieren. Die Folge: das meiste blieb beim Alten. In der Rüstungsexportpolitik herrschte damit mehr Kontinuität als Zurückhaltung. Mehr noch: Dieser Tage werden ohne großes Aufsehen Rüstungsexporte gebilligt, die noch zu Beginn der Rot-Grünen Amtszeit höchst strittig gewesen wären. Der deutsche Rüstungsexport boomt und Schwarz-Rot wird es schwer haben, in die großzügigen Fußstapfen zu treten, die Rot-Grün hinterlassen hat.

Die deutschen U-Boot-Lieferungen nach Israel sind das wohl beste und aktuellste Beispiel. An ihrem letzten Arbeitstag unterzeichnete die rot-grüne Bundesregierung einen Vertrag über die Lieferung von zwei weiteren U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel. Eine Milliarde Euro sollen die Boote kosten. Bis zu 330 Millionen Euro soll der deutsche Steuerzahler direkt aufbringen. Den Rest will Israel beitragen, hauptsächlich, indem es Lieferungen für die Bundeswehr erbringt.

U-Boot-Lieferungen nach Israel sind alles andere als unproblematisch. Das zeigt die Vergangenheit. Anfang der 90er Jahre – im Kanzleramt saß Helmut Kohl – war Deutschland erst bereit, Israel U-Boote zu finanzieren, nachdem Saddam Hussein das Land mit Scud-Raketen beschossen hatte. Deren Reichweite war mit deutscher Technik vergrößert worden. Angesichts des verheerenden Dreiklangs "Deutsche Technik, Giftgas, Israel" entschloss sich die damalige Bundesregierung, Israel zwei Dolphin-U-Boote zu schenken. Später kam die finanzielle Beteiligung an einem dritten hinzu.

Doch noch während der Bauzeit stellte sich heraus, dass die Dolphin-U-Boote für Israel mit einer technischen Besonderheit ausgestattet wurden. Sie besitzen zwei unterschiedlich große Torpedorohre. Sechs Rohre mit dem Standard-Durchmesser von 533 Millimetern und vier mit

einem Durchmesser von 650 Millimetern. Aus letzteren, so wurde immer wieder berichtet, wolle Israel auch weitreichende atomare Marschflugkörper mit bis zu 1.500 Kilometer Reichweite abschießen. Ein erfolgreicher Test vor Sri Lanka wurde gemeldet. Israel wolle seine atomare Abschreckung um seegestützte Waffen mit größerer Reichweite ergänzen. Auch deshalb seien die deutschen U-Boote gleich nach ihrer Ankunft in Israel erneut und aufwändig umgebaut worden.

Seit rund drei Jahren bemüht sich Israel nun um weitere Dolphin-U-Boote. Diese sollen mit dem neuartigen von der Außenluft unabhängigen Brennstoffzellenantrieb aus deutscher Entwicklung ausgestattet werden. Die deutsche Marine hat gerade ihre ersten zwei U-Boote mit diesem Antrieb in Dienst gestellt. Damit können U-Boote viel weiter fahren, deutlich länger tauchen und sind erheblich schwerer zu entdecken als konventionell angetriebene Diesel-U-Boote. Die israelische Marine kann solche U-Boote gut gebrauchen. Sie will künftig verstärkt im Arabischen Meer und im Indischen Ozean kreuzen – in Seegebieten also, die viel größer sind als das Mittelmeer. Dort liegen jene Staaten, die Israel schon heute sicherheitspolitisch die größten Sorgen machen: Die islamische Atommacht Pakistan und nicht zuletzt der Iran, dem Israel unterstellt, an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten.

Vor der Küste dieser Länder verdeckt operieren zu können, dort Aufklärung zu betreiben oder mit weitreichenden Marschflugkörpern auch Ziele tief innerhalb dieser Staaten mit konventionellen oder gar atomaren Waffen notfalls bedrohen zu können – all das macht für Israel eine regelmäßige U-Boot-Präsenz in diesen Seegebieten interessant. Dafür aber benötigt Israel eine zweite U-Boot-Flottille. Diese muss mindestens aus zwei U-Booten bestehen. Für sie müsste in den kommenden Jahren im Roten Meer ein Stützpunkt entstehen, damit Fahrten durch den Suez-Kanal oder um Afrika herum nicht notwendig werden.

Dass Deutschland Israel die erforderlichen zusätzlichen U-Boote liefert, ist politisch gleich mehrfach problematisch.

Erstens: Trotz der besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel - sollte Deutschland mithelfen, wenn Israel sein umstrittenes Nuklearpotential ausbaut oder modernisiert? Wenn Berlin auch nur den Anschein erweckt, es helfe Israel oder anderen Nuklearwaffenstaaten bei der Modernisierung oder Aufrechterhaltung atomarer Potentiale, so wird die deutsche Nichtverbreitungspolitik unglaubwürdig. Das gilt auch für die deutsche Forderung nach schnellstmöglicher atomarer Abrüstung. Riskanter und aktueller noch ist eine andere Auswirkung: Als Vermittler im Streit um das iranische Atomprogramm erweist sich Berlin einen Bärendienst, wenn es Israel U-Boote liefert, die der Iran als Atomwaffenträger betrachtet.

Zweitens: In der Rüstungsexportpolitik öffnet das Geschäft neue Schleusen. Wer modernste U-Boote liefert, genehmigt auch den Export vieler High-Tech- und Rüstungskomponenten. Es entstehen viele Präzedenzfälle, auf die sich in Zukunft Firmen, die Ähnliches exportieren wollen, berufen können und werden.

Und drittens: Mit 500 Mio. Euro ist jedes der neuen Dolphin-Boote mehr als doppelt so teuer wie die früheren Boote. Der neue Antrieb und die Inflation alleine können die Kostensteigerung nicht wirklich erklären. Auch die Bundeswehr bekommt ihre neuen außenluftunabhängigen U-Boote bisher deutlich billiger. Das wirft die Frage auf, ob sich in dem Budget für das U-Boot-Geschäft weitere Projekte der deutsch-israelischen Zusammenarbeit verstecken.

Die Entscheidung, Israel weitere Dolphin-U-Boote zu liefern, hat trotz dieser Kritikpunkte und offenen Fragen keine öffentliche Diskussion ausgelöst. Ähnliches gilt für die vor wenigen Wochen gefällte Entscheidung, an die Türkei 297 Leopard-2-Panzer aus Bundeswehrbeständen zu liefern. Der Aufschrei in der Öffentlichkeit, der zu Beginn der rot-grünen Koalition noch garantiert gewesen wäre – er blieb aus. Warum?

Am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün gibt es in Deutschland so gut wie keine Öffentlichkeit mehr, die Rüstungsexporte kritisch und wirksam unter die Lupe nimmt. Rot-Grün hat sie nicht befördert, sondern als potentielle Gefahr für das eigene Regierungshandeln an den Rand gedrängt. Die großen, staatlich geförderten Friedensforschungsinstitute haben das Thema ad acta gelegt. Die Kirchen haben ihre Unterstützung drastisch reduziert. Auch die Gewerkschaften fördern heute eher Studien zur Bedeutung der wehrtechnischen Industrie für die Beschäftigung als kritische Analysen der deutschen Rüstungsexportpolitik. Viele Basisgruppen haben mangels Geldes aufgeben müssen. Allenfalls jene, die sich an internationalen Kampagnen wie denen zu Landminen und Kleinwaffen beteiligen, haben noch die Ressourcen, einen Teil ihrer Arbeit weiterzuführen. Eine systematische, kritische Beobachtung der deutschen Rüstungsexportpolitik durch die Öffentlichkeit aber findet nicht mehr statt. Und damit gibt es auch keine öffentliche Debatte.

Das erklärt, warum heute vieles diskussionslos geliefert werden kann, was vor Jahren noch zu heftigen Kontroversen geführt hätte. Es erklärt, warum die moralischen und politischen Glaubwürdigkeitslücken, die Rot-Grün zu Beginn seiner Amtszeit schließen wollte, heute eher größer als kleiner geworden sind. Es erklärt, warum Schwarz-Rot beim Rüstungsexport nichts ändern will und muss.

*\* Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit - BITS*

*Quelle: Website von BITS; [www.bits.de/](http://www.bits.de/)*

**[Zu weiteren Beiträgen über Rüstung und Rüstungsexport](#)**

**[Zur Israel-Seite](#)**

**[Zurück zur Homepage](#)**

Uni Kassel, AG Friedensforschung, Peter Strutynski, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel,  
eMail: [strutype@uni-kassel.de](mailto:strutype@uni-kassel.de)

oooooooooooooooooooo

### Ziffer 3.3 Erneut Atom-U-Boote für Israel und Förderung von militärischer Eskalation in der Region?

Dr. Izzeddin Musa  
Am Bonner Graben 19  
53343 Wachtberg, den  
30.12.2004

Offener Brief an:  
Herrn  
Bundeskanzler  
Gerhard Schröder  
11012 Berlin

T e l e f a x

Erneut Atom-U-Boote für Israel und Förderung von militärischer Eskalation in der Region?

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
lieber Genosse Gerhard Schröder,

am 23.12.2004 meldete die Berliner Zeitung (BerlinOnline), dass die israelische Tageszeitung Maariv berichtete, dass die Bundesregierung dem Verkauf von zwei weiteren U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel zugestimmt haben soll. Selbst der Umrüstung für den Abschuss von Nuklearraketen soll zugestimmt worden sein. Dies ist ein Skandal und eklatanter Verstoß, der allen Regeln widerspricht, die Deine Regierung selber aufgestellt hat, und zwar keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete zu liefern. Es dürften auch keine deutsche Waffen in Länder gehen, in denen Menschenrechte missachtet werden. Bei den Einsätzen der israelischen Armee in den Palästinensergebieten komme es zu Kollektivbestrafungen, Vertreibungen, Folter, Entführungen, außergerichtliche Exekutionen und so weiter und so fort, die Amnesty International und die UN-Menschenrechtskommission als Verstöße gegen Menschenrechte bezeichnen.

Wie Du weißt, hat Israel die drei U-Boote, die dem Land aus Schuldgefühl für die angebliche Bedrohung von Saddam Hussein 1991 kostenlos zugesagt worden sind, für den Abschuss von Atomraketen umgebaut bekommen. Schon bei der Lieferung der drei U-Boote 1999 und 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung den Kopf in den Sand gesteckt und nicht wissen wollen, wofür Israel die Schiffe verwenden wolle. Damit bedroht Israel alle seine Nachbarn, die über keinerlei Atomwaffen verfügen. Israel ist das einzige Land, das weder den Atomwaffensperrvertrag noch internationale Vereinbarungen zum Verbot von Chemie- und Biowaffen unterzeichnet hat, aber über 300 Atomraketen verfügt, die alle europäischen Hauptstädte erreichen können, sowie über ein großes Arsenal an chemischen and biologischen Waffen verfügt. Deine Regierung und der gesamte Westen weiß davon, spricht aber nicht darüber. Israel verhöhnt seit seiner Gründung die Vereinten Nationen und tritt mit Füßen das Völkerrecht, genauso wie sein großer Bruder und Unterstützer USA. Wie verhält sich die Bundesregierung gegenüber dieser Tatsache, da sie doch große Stücke auf beide internationalen Instrumente hält?

Israel wird im Augenblick von einem Kriegsverbrecher - laut Amnesty International und Human Rights Watch - "regiert". Das palästinensische Volk wird stranguliert und seine Existenzgrundlage systematisch zerstört. Dies ist alles bekannt. Trotzdem unterstützt die Bundesregierung dieses Regime, insbesondere Außenminister Fischer und Innenminister Schily, die sich in ihrer Israelbesoffenheit geradezu überbieten wollen. Ich hoffe, es gibt in der SPD noch einige Politiker mit Rückgrat, die dem Druck der Israel- und der zionistischen Lobby widerstehen, sonst wird sich die deutsche Regierung ebenso in ein "besetztes Gebiet" verwandeln, wie es der US-Kongress und die US-Regierung bereits heute schon sind.

Herr Bundeskanzler, bleiben Sie Ihren Richtlinien treu und weisen Sie die Unverschämtheiten der israelischen Regierung zurück und stimmen Sie gegen die Lieferung der U-Boote, da Israel damit nur

zu weiterer Aggression motiviert würde und den Nahost-Konflikt damit weiter anheizen kann. Das wäre politisch nicht zu verantworten.

Finanziert wurde Israels bisherige Atom-Marine größtenteils vom deutschen Steuerzahler. Kann die rot-grüne Bundesregierung dies, im Angesicht knapper Kassen und fortschreitendem Sozialabbaus, noch verantworten?

Lieber Genosse Gerhard, in Deiner Regierungserklärung vom 13.02.2003, „Unsere Verantwortung für den Frieden“, hast Du die UNO-Resolution 687 angeführt, wonach die Region des Nahen und

Mittleren Ostens von Massenvernichtungswaffen befreit werden soll, und dabei ausdrücklich betont: „Wohlgemerkt, in der gesamten Region.“ Hast Du aber in den seitdem vergangenen ca. zwei Jahren Israel jemals ernsthaft, unmissverständlich und mit Nachdruck dazu zu bewegen versucht, vor allem seine atomaren Massenvernichtungswaffen unter Aufsicht der IAEA zu vernichten? Da Du möglicherweise mit einer vermeintlichen Rolle Israels – knapp 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – antworten könntest, weise ich dies mit der Begründung zurück, dass die Palästinenser und die umliegenden arabischen Länder die Schulden Deutschlands nicht tilgen können. Hier schließe ich mich auch dem israelischen Friedensaktivisten und Träger des „Alternativen Friedensnobelpreis“ Uri Avneri, der anlässlich des an ihn verliehenen „Lew-Kopelow-Preis für Frieden und Menschenrechte“ am 16.11.2003 in Köln bezüglich Israel unzweideutig forderte: „Auch in Deutschland keine Sonderbehandlung bitte.“

Benötigt die Welt angesichts der Kriegszustände im Nahost-Konflikt, im Irak und Afghanistan, noch einen weiteren blutigen Krieg gegen den Iran und Syrien? Dein Außenminister sollte sich ebenso stark für die offizielle Kontrolle der israelischen Atomanlagen einsetzen, wie er sich für die nicht-existenten "Atomwaffen" des Iran engagieren. In Israel würde die Internationale Atomenergiebehörde sofort fündig.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Izzeddin Musa

Quelle: Das Palästina Portal ( [www.arendt-art.de](http://www.arendt-art.de) )

für Verständigung und Frieden

oooooooooooooooooooo

### Ziffer 3.4 Die U-Bootlieferung an Israel aus meiner Sicht

Wenn wir Deutschen – insgesamt, in der Mehrheit, als Mitglieder von Parteien oder des Regierungsapparates (Parlament und Regierung) in Andenken an die Untaten, die im Namen Deutschlands an die Juden begangen worden sind, heute Freunde der Juden sein wollen, dann dürfen wir ihnen, besonders wenn sie Israelis sind, nicht nach dem Mund reden und schon gar nicht unsere Politik ihnen gegenüber von der inzwischen tradierten Schuld leiten lassen.

Ich habe drei Beiträge von den vielen, die zum Thema „U-Boote für Israel“ im Internet zu finden hierher übertragen, um Fakten und Einstellungen in Erinnerung zu rufen. Diese Beiträge haben drei unterschiedliche Quellen und zwei Verfasser. Im letzten Beitrag von Dr. Izzeddin Musa steht, daß „die Palästinenser und die umliegenden arabischen Länder die Schulden

Deutschlands nicht tilgen können.“ Das ist ein wichtiger Satz, denn indem die deutsche Politik in den vergangenen Jahrzehnten versuchte, die deutsche Schuld gegenüber den Juden abzutragen, hat sie neue Schuld gegenüber den Palästinensern auf sich geladen. In naher Zukunft wird es wieder heißen: „Es gibt keine Kollektivschuld, ihr müßt aber kollektiv für die neue Schuld haften. Ihr Bürger habt die Regierungen nach dem zweiten Weltkrieg gewählt und somit habt ihr – ohne großen Protest – diese Politik zugelassen.“

Otfried Nassauer formuliert noch in seinem ersten Beitrag (hier 3.1): „Trotz der besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel wird die neuerliche U-Boot-Lieferung an Israel Diskussionen hervorrufen: „ ... In seinem zweiten Beitrag (hier 3.2) heißt es dann: „Die Entscheidung Israel weitere Dolphin-U-Boote zu liefern, hat trotz dieser Kritikpunkte und offenen Fragen keine öffentliche Diskussion ausgelöst.“ ...

Jedes Individuum, jede Gesellschaft hat nur ein begrenztes Reservoir an Protestenergie. Die Größe des Reservoirs wird eingeschränkt durch die Notwendigkeit, den Alltag zu bewältigen und der Familie Brot zu verdienen. Wenn die Gesamtgesellschaft soviel Energie und Zeit wie die Berufspolitiker in die Politik investieren würden, dann würden die Menschen verhungern und materiell verelenden. Wenn wir die Demokratie retten wollen, ist es also notwendig, die große Politik auf das Notwendigste zu beschränken und die meisten politischen Entscheidungen zu Entscheidungen des Erwerbsalltags zu machen. Das ist möglich durch Parlamente der Betroffenen in Form privatrechtlicher Föderationen.

Das Reservoirs des Bürgerprotestes wird aber auch erweitert und eingeschränkt durch den Erfolg vorausgegangener Proteste. Leider sind unsere staatlichen Strukturen und politischen Verfahren so versteinert, daß der Staat aufgrund seiner fehlender Elastizität nicht mehr auf Bürgerproteste angemessen reagieren kann, sondern nur phantasielos mit Polizeieinsatz, wie jetzt im Vorfeld zu dem G-8-Gipfel. Wenn die Bürger aber erleben, daß ihre Proteste wirkungslos bleiben, reagieren sie auch in der Demokratie wie in der Diktatur mit Resignation. Die so entstehenden Unterlegenheits- und Verlierergefühle lösen sich aber nicht von selber auf. Sie suchen sich eine destruktive Ableitung oder stauen sich auf bis zum großen Knall, der aber nicht unbedingt das Tor der Freiheit öffnet, sondern womöglich die Gesellschaft zum Gefängnis macht. Soweit ich mir ein Bild vom Sachverhalt machen konnte, dürften sich die Reaktionen von Juden nicht von denen der Nichtjuden unterscheiden.

Wenn die Politik genügend unsinnige oder nicht einsehbare Entscheidungen getroffen hat, dann werden Bürgerinnen und Bürger, die das noch wahrnehmen, vor sich hin schimpfen und sagen „Diese verdammten Idioten!“, er wird aber nicht mehr auf die Barrikaden gehen, weil er sich sagt: „Ich als einzelner kann ja doch nichts machen.!“ Sie oder er weiß ja nicht, wie Brecht es formulierte: „Hunderttausende sagen, sie könnten als Einzelne nichts machen.“ Der öffentliche Rundfunk, das öffentliche Fernsehen mit seinen Zwangsgebühren verbindet die Einzelnen ja nicht. Sondern das Rundfunksystem erweist sich als Instrument der Herrschenden und nicht als das einer Bürgergesellschaft.

Zurück zu den U-Booten:

1. Leistungen des deutschen an den israelischen Staat im berichteten Umfang ohne Gegenleistung oder mit fragwürdigen Gegenleistungen sind auf dem Hintergrund der deutschen Staatsverschuldung, der Streichung von Sozialleistungen, der Stagnierung oder Reduzierung der Lohnsumme und des steigenden Leistungsdrucks, den die Erwerbsarbeit unterliegt, kein Geschenk mehr, sondern eine kaschierte Tributpflicht. Beim Eintreiben des Tributs dürfte die us-amerikanische Diplomatie mitgeholfen haben. Diese Art von Politik nährt den Antizionismus und Antiamerikanismus. Soweit die jüdischen Deutschen und die Juden in Deutschland sich nicht von dieser Politik distanzieren werden sie unvermeidlich in die Antistimmung mit einbezogen.

2. Der Umfang der Leistungen an das Krieg führende Israel, kommt einer Bündniserklärung gleich. Die Deutschen, die sich schworen – als sie sich die Wunden des zweiten Weltkrieges leckten – nie wieder einen Krieg zu führen, sind praktisch in einen Krieg gegen die arabische / islamische Welt verwickelt, ohne daß das Volk, die deutschen Staatsbürger – die hinterher wieder schuldig gesprochen werden – gefragt wurden.

3. Die jetzige Nahostpolitik aller beteiligten Staaten wird in hundert Jahren noch keinen Frieden gebracht haben. Nein, das klingt zu harmlos. Es wird bei der jetzigen Politik keine 25 Jahre mehr dauern bis es kein Israel und kein Palästina mehr geben wird, sondern nur verbrannte Erde. Der jetzt stattfindende, über Palästina hinausgehende, nicht erklärte Dritte Weltkrieg wird sich zu einem vierten offenen Weltkrieg gewandelt haben. Der Kampf um Reste der bewohnbaren Erdoberfläche wird auch diese vernichten. Die „Realpolitik“ schafft dem Ende der Menschheit realistische Züge.

4. Die Existenz von Atomwaffen ist eine Bedrohung aller Werte, die uns eine moralische Stützung geben oder geben sollen. Die Anwendung von Atomwaffen ist entsprechend einer Vernichtung nicht nur von Leben, sondern eben auch der Werte, die uns heilig sind.<sup>3</sup> Unter diesem Gesichtspunkt ist die Nichtverbreitung von Atomwaffen eine ernsthafte und anzustrebende Sache. Nord-Korea und dem Iran aber auch dann mit Krieg zu drohen, wenn die bisherigen Atomkräfte nicht gewillt sind, auf ihre Atomwaffen zu verzichten oder wenigstens einer Internationalen Kontrolle zu unterstellen und dann noch obendrein stillschweigend den israelischen Atombomben zuzubilligen, ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Menschen und der Völker und ein Gipfel der Verlogenheit der Atompolitik der westlichen Welt.

5. „Die Zusage für diese Boote gab die Bundesregierung 1991. Damals hatte Saddam Hussein mit deutscher Technik leistungsgesteigerte irakische Scud-Raketen während des Golfkrieges auf Israel abgeschossen. Die Gefahr bestand, dass Giftgas gegen Ziele in Israel zum Einsatz kommen würde.“, schreibt Nassauer.

Israel fühlt sich mit deutscher Technik bedroht. Das ist eine merkwürdige Begründung mit der man ein „Geschenk“ als militärisches Ausgleich verlangt. Israel fühlt sich wenigstens von der halben Staatenwelt bedroht. Da jegliche Technik und jedes andere wirtschaftliche Gut, das der einen Kriegspartei geliefert wird, der anderen eine Bedrohung ist, muß der deutsche Staat sich wohl auf Regreßzahlungen für die deutschen Exporteure einstellen, die von den Staaten gefordert werden, die jeweils nicht beliefert wurden. Es wäre ja schön, wenn endlich vor einem internationalen Gerichtshof gegen Waffenlieferanten geklagt werden könnte. Es wäre aber ein Unding nur solche Klagen zuzulassen, die im Interesse Israels sind.

Die beste Verteidigung gegen Raketen und Giftgas in Israel-Palästina wäre die integrative Besiedlung des Gebietes mit Juden und Arabern. Angefangen hat ja alles mit der berechtigten Frage, ob die Juden nicht die Bedrohung, die sie in aller Welt ausgesetzt waren, dadurch entgehen können, indem sie einen eigenen Staat gründen. Das dieser Lösungsansatz zu neuen Problemen führen würde, war aber auch von vorn herein ersichtlich, weil es kein unbesiedeltes Land auf dieser Erde mehr gab und auch der Landstrich, der einst den Juden Heimat war, schon lange von Arabern bewohnt ist. (Vor Jahrzehnten habe ich einen Bericht eines NS-Beobachters in Palästina gelesen, aus dem zu entnehmen war, daß die Palästina-Juden sehr zufrieden mit der Vertreibung der Juden aus Deutschland in der Vorkriegszeit waren, weil dadurch ihre Idee der Staatsgründung auf Grund von der Zuwanderung von Juden gefördert

---

<sup>3</sup> Die Probleme der Atomenergie lasse ich hier unberücksichtigt, um den Gedanken nicht zu zerfasern.

würde. Da ich den Text nicht mehr belegen kann, kann die Aussage hier nur als Hypothese gelten.) Es gab davor aber schon vorher einen Versuch der Staatsgründung an Hand der von Theodor Hertzka in Romanform formulierte Real-Utopie in Kenia (Ostafrika). Dieser Versuch scheiterte 1894 an der britischen Kolonialbürokratie. Ob dieses von der Bodenrechtsreform angestoßene Projekt auch mit dem Ziel, den Juden eine neue Heimat zu geben, geplant war, entzieht sich meiner Kenntnis.<sup>4</sup>

Bei der internationalen Kapitalverflechtung, die wir heute haben, wäre doch zu untersuchen gewesen, ob die „deutsche Technik“ überhaupt in deutscher Verantwortung gefertigt und geliefert wurde. Ist das geschehen? Vielleicht waren sogar Israelis Mehrheitseigner des betreffenden Unternehmens.

6. „Auch die Gewerkschaften fördern heute eher Studien zur Bedeutung der wehrtechnischen Industrie für die Beschäftigung als kritische Analysen der deutschen Rüstungsexportpolitik.“, schreibt Otfried Nassauer. Vorher beklagt er schon, daß die Kirchen die Förderung solcher Analysen reduziert haben. In der Nachkriegszeit hat die deutsche Politik – besonders die der Linken – schon immer mit gespaltener Zunge gesprochen. Aufgrund der Erfahrungen in den Weltkriegen und mit dem deutschen Militarismus war man durchgängig für die Reduzierung der Rüstung, dessen Export und man war überhaupt gegen das Militärische. Aber man hatte keine Ahnung, wie man das Problem der Beschäftigung für möglichst alle Arbeitsfähigen ohne Rüstung zu lösen wäre und entsprechende freiwirtschaftlichen Empfehlungen konnte man aus ideologischen Gründen nicht zur Kenntnis nehmen, deshalb war man schon immer gleichzeitig gegen die Rüstung und für die Rüstung, für den Rüstungsexport. Was zählen schon die Menschen anderswo, deren Sterben und deren Existenz als Krüppel man nicht direkt sieht, im Vergleich mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, die man hat und mit denen man Wahlen gewinnen kann?

7. Werften, die unter Auftragsmangel leiden, kann man nicht vorwerfen, daß sie Aufträge annehmen, wo der Rechnungsempfänger und der Empfänger des fertigen Schiffes verschiedenen Adressen haben. Aber das diese Subventionspolitik, die ganze Eigentumsordnung durcheinander bringt, wird selten bedacht oder mit der Haltung „Nach mir die Sinnflut!“ in Kauf genommen. Das Rüstungsgeschäft ist dazu noch ein besonderes Geschäft: Da im Regelfall die Staaten die Nachfrage nach Rüstung sind, brauchen sie bei ihren Einkäufen nicht allzu sehr auf die

<sup>4</sup> Siehe: <http://www.zvab.com/angebote/hertzka-freiland.html>

Wirtschaftlichkeit achten, die Kosten können immer auf die Bürger abgewälzt werden, auch wenn diese in einer Abrüstungskampagne aktiv sind. Auf diese Weise läßt sich aus dem Geschäft mit der Rüstungsproduktion und dem -handel eine höhere Rendite herausholen als aus anderen Geschäften. Man braucht gar keiner Verschwörungstheorie anhängen, das Rüstungsgeschäft lebt davon, daß die vorhandene Rüstung möglichst schnell veraltet oder durch Anwendung vernichtet wird. Spannungen und Kriege zwischen den Völkern lassen die Stimmung in den Chefetagen der Rüstungskonzerne und die Kurse der Aktien der betreffenden Unternehmen steigen. Die Interessen der Generäle und der Generalbevollmächtigten der Rüstungsschmieden stützen sich hier gegenseitig.

oooooooooooo

#### Ziffer 4. Auskünfte über den Ideologiebegriff

Das Wort Ideologie ist eines der Worte wie Sozialdarwinismus und Faschismus, die gerne, viel und bedeutungsschwanger gebraucht werden, um seinen gedanklichen Kontrahenten nieder zu machen, aber bewußt oder unbewußt in der Begrifflichkeit nicht erklärt werden. Der mit den betreffenden Worten bedachte soll sich fühlen, wie einer, der von einer gefährlichen Krankheit befallener. Die Verunsicherung, die da durch entsteht, daß der Betroffene die Krankheit, von der er befallen sein soll, selber nicht wahrnimmt, ist offensichtlich gewollt.

Es lohnt sich also mit den verschiedenen Begriffen des Wortes Ideologie auseinander zu setzen. Ich stelle der Reihe nach vor: Die Beschreibung des Begriffs von Johannes Heinrichs. Heinrichs hat sich sowohl intensiv mit Karl Marx wie auch mit Silvio Gesell befaßt und hält beide Werke für heutige Problemlösungen aussagefähig.

Karl Mannheim war mir in Bezug auf die Ideologie im engeren Sinne als Rechtfertigungsstrategie des Bestehenden und in der Form der Utopie als Rechtfertigungsstrategie der Veränderung des Bestehenden aus den Soziologievorlesungen von Prof. Jan Kob an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg (1964/66) in Erinnerung. Nach Mannheim hat wohl nur der freischwebende Intellektuelle Distanz zu beiden Formen der Ideologie. Da ich mich aber hier nicht nur auf mein Gedächtnis verlassen wollte, habe ich das betreffende Stichwort aus Wikipedia einkopiert.

In den beiden folgenden kurzen Texte zur „Ideologie“ wird deutlich, daß das Wort zwei Ka-

theorien von Begriffen hat, einmal eine Lehre von den Ideen, die ja auch noch unterschiedlich gestaltet sein kann und dann ein System von Überzeugungen, Vorstellungen und Begriffen, das unterschiedliche Funktionen haben kann.

Von Rudolf Bahro weiß ich, daß er sich – als er von der DDR in die BRD wechselte – sich als Ideologe vorstellte. Weil er sich als einer verstand, der sich mit den Ideen aus kannte. Er hat das sehr schnell aufgegeben, weil er merkte, daß das Wort *Ideologe* hier im Westen nur in seiner abwertenden Form im Umlauf war. Die Soziologie gebraucht aber das Wort in zweiter Prägung im beschreibenden Sinn- also wertfrei. Also haben wir es mit drei Begriffsbildungen vom Wort *Ideologie* zu tun.

oooooooooooo

#### Ziffer 4.1 Hinweis auf „Was ist libtäre Ideologie“ von Peter Mühlbauer

Unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/4/4221/1.html> findet man einen Beitrag von Peter Mühlbauer vom 08.11.2000 unter den Titel >Es klingt wie eine Mischung aus "liberal" und "pubertär"< Teil 1: **Was ist libertäre Ideologie?** Beim Lesen dieses Beitrages hatte ich das Gefühl dieser Autor gebraucht das Wort *Ideologie* in zweierlei Bedeutung. Wen es interessiert, möge es überprüfen.

oooooooooooooooooooooooooooo

#### Ziffer 4.2 Johannes Heinrichs

Aus: Johannes Heinrichs <sup>5</sup>  
Sprung aus dem Teufelskreis  
Sozialethische Wirtschaftstheorien  
Geleitwort zur Neuauflage von Wilhelm Hankel  
Nachwort: Rudolf Bahro

#### ZWEITER TEIL:

#### **ETHIK-PROBLEME**

“Der Geist denkt, das Geld lenkt.”  
(Oswald Spengler, Der Untergang  
des Abendlandes)

---

5 Prof. f. Philosophie u. Sozialökologie / [www.johannesheinrichs.de](http://www.johannesheinrichs.de) [www.netz-vier.de](http://www.netz-vier.de)

## Kapitel 4

### DER ETHIK-BOOM ALS IDEOLOGIE 34)

“Der Teufel ist der beste Theologe.”  
(P. Wilhelm Klein SJ, 1889-1995)

#### Zum Begriff “Ideologie”

Ideologie ist auf kollektiver Ebene das, was in der Psychologie des Individuums Rationalisierung genannt wird: Man legt sich gute Verstandesgründe zurecht, um von der emotionalen Realität abzulenken, um eine Haltung oder ein Handeln zu rechtfertigen, das vor der Wirklichkeit des anderen Menschen oder des eigenen Selbst flieht. Rationalisierung ist ein Mißbrauch des Verstandes, um die wahren und tieferen Gründe für eine Einstellung oder Handlungsweise zu verbergen. Volkstümlicher spricht man einfach von “Ausreden”. Jeder wird Beispiele in seinem eigenen Leben finden. Denn das Gründe Suchen und Vorschieben liegt uns von Natur allzu nahe. Zum vollen Begriff der psychologischen Rationalisierung gehört jedoch, daß dem Betreffenden seine wahren Gründe selbst verborgen bleiben: Er macht sich selbst etwas vor. Rationalisierung ist eine Form der psychologischen Abwehr: Scheu vor Aufdeckung der wahren Motive, um sich nicht ändern zu müssen.

Im kollektiven Sinn wird “Ideologie” von Marx und anderen als “falsches Bewußtsein” gekennzeichnet. 35) Es geht nicht

-----  
34 Erstfassung in: Der Dritte Weg 6/1994.

35 Wenn Marx hier öfter zustimmend genannt wird, heißt das keineswegs, daß sein ganzer Ansatz übernommen wird. Sein Verständnis von Ideologie

- S. 79 -

um die Falschheit der einen oder anderen Meinung oder Lehre, nicht einmal um die objektive Falschheit einer herrschenden Lehre, sondern darum, daß die kollektive Psyche rationalisiert, das heißt Vorurteile pflegt, wodurch insgeheim, den meisten unbewußt, etwas rechtfertigt bzw. etwas bemäntelt werden soll. Man kann Rechtfertigungs- und Ablenkungs-ideologie unterscheiden, beide laufen aber auf dasselbe hinaus. Eine bestehende Praxis soll gerechtfertigt werden, weil man sie auf keinen Fall ändern will, ohne sich dieses Vorurteil einzugestehen: praktische Ideologie oder Rechtfertigungs-ideologie. Vorzüglich eignen sich hohe und komplizierte Theorien zur Rechtfertigung einer bestehenden Praxis, wenn es gelingt, durch sie von den tatsächlichen Verhältnissen und Problemen abzulenken: theoretische

Ideologie oder Ablenkungs-ideologie. Der Unterschied zwischen beiden Formen liegt nur im höheren Aufwand von Theorie und hehren Bildungsgütern, mit dem die Ablenkungs-ideologie arbeitet, damit die zu rechtfertigenden Verhältnisse möglichst gar nicht erst zu Bewußtsein und zur

-----  
als falsches, vor sich selbst verstelltes Bewußtsein, womit er auf Hegels Schultern steht, ist auf jeden Fall gültiger als das kapitalistisch-relativistische Verständnis von Ideologie, wonach Wahrheit und Falschheit, Verstelltsein und Unverstelltsein von Ideen gar nicht unterscheidbar sind. "Anything goes" - Hauptsache, die Kasse stimmt und das dergestalt stimmige Leben geht lustig weiter. Sogar Marxens, durch seine Anhänger kraß entstellter, "historischer Materialismus", ist zumindest wahrer als die derzeitige Ethikmode. "Was beweist die Geschichte der Ideen anderes, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse" (Frühe Schriften II, Darmstadt 1991, 840). Die schwierige Frage von Praxis und Wahrheitserkenntnis (Theorie und Praxis) kann hier nicht genügend differenziert werden. Jede theoretische Erkenntnis wurzelt in praktischen Interessen, doch gibt es auch rückhaltloses Interesse an Wahrheit. Es ist denen leichter gemacht, die unter herrschender Ideologie bewußt leiden.

- S. 80 -

Sprache kommen. Sie sind etwas so Niederes, daß man bei den hohen offiziellen Gedankenflügen gar nicht an sie zu denken wagt.

## Beispiel Geld und Zins

Die mit alternativen Geldsystemen vertrauten Leser werden sofort das griffigste Beispiel zur Hand haben. Wer wagt schon den elementaren Unsinn vom "arbeitenden Geld" als Begründung für den Zins in Frage zu stellen, wenn hochqualifizierte Wirtschafts- und Geldtheoretiker ihn zu rechtfertigen vermögen - und das anscheinend mit bestem Wissen und Gewissen? Das gerade ist die Leistung der Rechtfertigungs-ideologie: bestes Wissen und ein ruhiges Gewissen als Ruhekitzel zu bieten. Allerdings muß die Ablenkung von den ganz einfachen, elementaren Sachverhalten gelingen. Eine gut funktionierende Ideologie muß scheinbare Kinderfragen ins Vergessen abdrängen können. Ein Großteil unserer derzeitigen Wissenschaft dient dem Vergessen der einfachen, wesentlichen, schwer zu beantwortenden Fragen. In der Philosophie wie in den von ihr abhängigen Geisteswissenschaften, einschließlich der (in Deutschland zum großen Teil staatlich finanzierten) „wissenschaftlichen“ Theologie, flüchtet man sich in die Unendlichkeit historischer Gelehrsamkeit, was zum heute herrschenden Historismus führt. Auch dieser ist eine Form

von Ideologie, die unter der Fülle der scheinbar widersprechenden Antworten der Geschichte die unbeantworteten Grundfragen vergessen läßt oder als unbeantwortbar hinstellt. Nur sehr schöpferische Menschen haben die Fähigkeit, die elementaren Fragen unter allem ideologischen Wissensschutt nicht zu vergessen und darüber hinaus neue Antworten zu finden.

- S. 81-

### Naheliegende Beispiele: Marx wie auch Gesell

In meinen philosophisch-theologischen Studien habe ich, sehr spät, als ich selbst schon Sozialphilosophie dozierte, im Rahmen der "Katholischen Soziallehre" eine einzige Vorlesungsreihe über Geldtheorie gehört (bei Prof. Hermann-Josef Wallraff SJ, Frankfurt) und mit ihm sowie mit Oswald von Nell-Breuning 36) einige Grundfragen, zumal die nach dem Zins, zu diskutieren versucht. Ich erinnere mich, wie ich meine allzu bohrenden "Gretchenfragen" unbeantwortet zurückstellen mußte. Sie wurden verdrängt durch gelehrte geschichtliche Erklärungen, noch mehr aber durch das gesamte Klima der schöngestigen, sozialtheologischen Ablenkung von den einfachen Fragen:

Wie erklärt und rechtfertigt sich das Mehrwerden des Geldes ohne Arbeit?

Die wunderbare Brotvermehrung der Bibel konnte ich wohl als Realsymbol für das Mehrwerden des ausgetauschten Sinnes (in Wort und Liebe) zwischen Menschen verstehen, nicht aber für das erstaunliche Mehrwerden des Kapitals, das nicht allein angehäufter, ersparter Arbeitsertrag ist, sondern darüber hinaus anderen Arbeit ermöglicht und dabei scheinbar von selbst und von Rechts wegen mehr wird.

Was blieb mir anderes übrig, wenngleich mit komplizierter Systemtheorie des Sozialen beschäftigt, als diese Fragen einfach auf sich beruhen zu lassen - bis sie erst zusammen mit

-----  
36 Oswald von Nell-Breuning hat sich sehr differenziert um die Vielfalt der Bedeutungen von "Kapitalismus" bemüht, zusammenfassend in Kapitalismus - kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere 'System', Freiburg 1974. Doch nirgends erwähnt er, soweit ich sehe, die ebenso einfache wie präzise freiwirtschaftliche Definition von "Kapitalismus": das System, das auf der Selbstvermehrung des Geldes aufgebaut ist.

einleuchtenden Antworten durch freiwirtschaftliche Literatur und neue Marx-Lektüre wieder lebendig werden durften? Dies als persönliches Beispiel für den einlullenden, Fragen tötenden Charakter von Ideologie als Rechtfertigung des Bestehenden und Ablenkung von den eigentlichen, totgeschwiegenen

Problemen.

Der sogenannte "Laborismus" in der modernen Katholischen Soziallehre, der in Streitfällen einen gewissen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital zu vertreten sucht, stellt ein ebenso typisches wie zahnloses Stück Zusatz-Ideologie dar: Der wunderbare Selbstvermehrungscharakter des Kapitals wird dadurch nicht vom Prinzip her in Frage gestellt. Solche milden Zusatz-Ideologien erfüllen nochmals eine Ablenkungs-Funktion. ...

- S. 83 -

oooooooooooooooooooooooooooo

### Ziffer 4.3 Karl Mannheim

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

**Karl Mannheim** (\* 27. März 1893 in Budapest; † 9. Januar 1947 in London) war ein Soziologe und Philosoph ungarischer Herkunft, jüdischer Abstammung, deutscher und englischer Staatsbürgerschaft, kosmopolitischer Gesinnung.

Leben [\[Bearbeiten\]](#)

Mannheim studierte [Philosophie](#) und [Soziologie](#) in [Budapest](#), [Freiburg](#), [Berlin](#), [Paris](#), [Heidelberg](#) (unter anderem hört er 1914 in Berlin [Georg Simmel](#)). 1918 erlangt er die Promotion. Ein Jahr später 1919 verließ er seine Heimat [Ungarn](#) und emigrierte in der Folge nach [Deutschland](#). Von 1922 bis 1925 habilitierte er bei dem Kultursoziologen [Alfred Weber](#), dem Bruder [Max Webers](#), wurde 1926 Privatdozent in Heidelberg und 1930 ordentlicher Professor für Soziologie der Universität Frankfurt, wo ihm [Norbert Elias](#) als Assistent zur Seite stand. 1933 wurde Mannheim auf Grund seiner jüdischen Abstammung entlassen und musste nach England [emigrieren](#). Dort war er zuerst Dozent für Soziologie an der [London School of Economics and Political Science](#) und nachher "Professor of Education" an der Universität London.

### **Wissenschaftliches Werk** [\[Bearbeiten\]](#)

Beeinflusst insbesondere von [Georg Lukacs](#), [Oskar Jaszi](#), [Wilhelm Dilthey](#), [Max Scheler](#), [Max Weber](#), [Alfred Weber](#) gelangte Mannheim von einer philosophischen Analyse der [Erkenntnistheorie](#) zur Entwicklung der [Wissenssoziologie](#).

Mannheim hob hervor, dass menschliches Denken und Erkennen nicht in rein theoretischem Rahmen ablaufen, sondern von gesellschaftlichen und geschichtlichen Lebenszusammenhängen geprägt werden. Mit der Konzeption des "totalen [Ideologiebegriffs](#)" nahm Mannheim eine radikale wissenssoziologische Position ein, die [relativistisch](#) argumentierte, und von Gegnern als [nihilistisch](#) bezeichnet wurde. Ob ihm sein Versuch, einen Sonderbegriff von "Relationismus" zu begründen, gelungen ist, bleibt umstritten. Im Gegensatz zu Marx postulierte Mannheim einen Ideologiebegriff, der jedes Denken, auch das

eigene, als ideologisch, nämlich notwendig perspektivisch betrachtete. Er hat dies detailliert v.a. für das [konservative](#), das [liberale](#) und das [sozialistische](#) Denken gezeigt.

Er beschäftigte sich mit politischen Krisenerscheinungen in der [Massendemokratie](#). Im Gegensatz zur einseitig geleiteten [Gesinnung](#) und zur *laisser-faire*-liberalistischen Demokratie, welche die Gefahr des Umschlagens in eine totalitäre [Diktatur](#) einschließe, empfahl Mannheim als dritten Weg die "geplante [Demokratie](#)" mit einer "Planung für Freiheit", wobei [Planung](#) "als rationale Beherrschung der irrationalen Kräfte" verstanden wird. Die Gesellschaft der "geplanten Freiheit" setzt die Umformung des Menschen voraus. Laut Mannheim ist dafür eine Zusammenarbeit von Soziologen und Theologen von Bedeutung.

Seine Bearbeitung von Alfred Webers Begriff der „[freischwebenden Intelligenz](#)“ gehört zu seiner einflussreichen Soziologie der Intelligenz. Ebenso gilt er als Pionier der [Jugendsoziologie](#), wobei er den Begriff der [Generation](#) benutzte, um [Kohorten](#) (Geburtsjahrgänge) zusammenzufassen, die ein einschneidendes Jugenderlebnis (z. B. den [Ersten Weltkrieg](#)) geteilt haben, und so künftige soziale Herausforderungen (*Lebenszusammenhängen*) ähnlich verstehen, aber keineswegs ähnliche soziale Antworten geben würden.

## Kritik [\[Bearbeiten\]](#)

Die Bedeutung von Mannheims [Ideologie und Utopie](#) (1929) sowie der erweiterten englischen Übersetzung ist offensichtlich aus dem breiten Disput, den beide erzeugt haben. In Deutschland erschienen Rezensionen von [Hannah Arendt](#), [Max Horkheimer](#), [Herbert Marcuse](#), [Paul Tillich](#), [Gunther Stern \(Anders\)](#), [Karl Wittvogel](#), u. a. In den USA, waren es [Hans Speier](#), [Robert Merton](#), [Kenneth Burke](#), [Charles Wright Mills](#) u. a. Seine englischen Schriften wurden von [John Dewey](#) und anderen begrüßt, aber auch heftig angegriffen von [Karl Popper](#), u.a. Mannheims Vorschlag einer "geplanten Demokratie" und "Planung für die Freiheit" wurde von [Friedrich August von Hayek](#) in dessen Buch *Der Weg zur Knechtschaft* scharf angegriffen. Hayek argumentierte, dass selbst zunächst von Demokratien beschlossene planwirtschaftliche Maßnahmen unvermeidlich mit Individualrechten in Konflikt geraten und damit - wenn auch nicht unbedingt beabsichtigt - gerade den Weg zu [totalitären](#) Systemen ebnen würden. Diese würden dann die "Umformung des Menschen" mittels Gewalt betreiben. Dementsprechend sei in Mannheims Werk bereits eine Tendenz zur Einschränkung des [rechtsstaatlichen Prinzips](#) zugunsten angeblich höherer Ideale erkennbar.

Nick Abercrombie entwickelt aus der Arbeit Mannheims eine Kritik, die er gemeinsam mit St. Hill und B. Turner 1980 unter dem Titel: *The Dominant Ideology Thesis* veröffentlichte.

## Werke [\[Bearbeiten\]](#)

- *Die Strukturanalyse der Erkenntnistheorie*. Berlin 1922
- *Ideologie und Utopie*. Bonn 1929 (spätere Auflagen Frankfurt am Main: Verlag Schulte-Bulmke und Klostermann)
- *Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie*. Tübingen 1932
- *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Leiden 1935
- *Diagnosis of our Time*. London 1943 (dt. 1951)
- *Freedom, Power and Democratic Planning*. London 1951 (dt. 1970)
- *Strukturen des Denkens*. Hrsg. von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1980

- *Konservatismus*. Hrsg. von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1984

oooooooooooooooooooo

## Ziffer 4.4 Internet-Lexikon *sociologicus*

Gesellschaft. Lexikon der Grundbegriffe

[Ideolect](#) ↔/ → [Idiom](#)

---

### Ideologie

"→ [Lehre](#) von den Ideen"; → [System](#) von Überzeugungen, Vorstellungen und Begriffen, in denen das → [Interesse](#) einer bestimmten sozialen → [Gruppe](#) (→ [Kaste](#), → [Klasse](#), → [Schicht](#), → [Stand](#)) zum Ausdruck kommt. Ideologien werden zur Durchsetzung eines Machtanspruchs aufgebaut und entsprechen nicht unbedingt der Realität. Die Ideologiekritik zeigt die Zusammenhänge zwischen den Interessenlagen von Gruppen und den von ihnen vertretenen Ideologien. Bei allen gesellschaftlichen Gruppen, die eine undemokratische Machtposition behaupten, stellt sich der Ideologieverdacht, die Vermutung, daß ihre Aussagen mehr von Interessen als von "Wahrheitsliebe" getragen werden.

---

→ [© 1999](#) - bearbeitet am: 05.07.1999

oooooooooooooooooooo

## Ziffer 4.5 Internet-Lexikon Wikipedia

### Ideologie

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Der Begriff **Ideologie** ([griechisch](#) *ιδεολογία* - *die Ideenlehre*) bezeichnet eine [Weltanschauung](#) oder ein System von [Wertvorstellungen](#).

Trotz unterschiedlicher Forschungsschwerpunkte in den Wissenschaften wie [Philosophie](#), [Politikwissenschaft](#) ([Politische Ideologie](#)), [Soziologie](#) und [Neue Politische Ökonomie](#) wird der Begriff dort wertneutral und rein [beschreibend](#) verwendet.

Entsprechend der in der [Aufklärung](#) verwendeten Bedeutung als [Vorurteile](#), mit denen die [Vernunft](#) behaftet ist, wird der Begriff [alltagssprachlich](#) meist [pejorativ](#) (abwertend) genutzt um eine nicht geteilte [Weltanschauung](#) als nicht "[objektiv](#)" zu [kritisieren](#). Eine Ideologie ist demnach ein fixes [Weltbild](#), das auf fest stehenden [Grundannahmen](#) beruht, welche ein Ideologe für [axiomatisch](#) hält bzw. darauf seinen Wahrheitsanspruch gründet.

Weiter Unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ideologie>